

**Pressemitteilung vom 15.05.14**

**Bitteres Ende für 12.000 Gebührenzahler kommt noch! FBB fordert Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger und Maßnahmen zum Abbau der gigantischen Schulden beim Eigenbetrieb Umwelttechnik!**

Die jetzt beschlossene Gebührenerhöhung für Schmutz- und Niederschlagsgebühren wird nicht kostendeckend sein. Das waren die Worte des OB Gerstner in seiner letzten, von ihm geleiteten Gemeinderatssitzung der Stadt Baden-Baden am vergangenen Montag. Übersetzt soll das heißen: Die sagenhaften 71 Millionen Euro Schulden des stadt eigenen Betriebes Umwelttechnik werden weiter steigen. Schon in diesem Jahr kommen mindestens drei Millionen Euro dazu.

Denn einem weiteren Beschluß des Gemeinderats zufolge bekommen 12.000 Gebührenzahler zuviel gezahlte Schmutz- und Niederschlagswassergebühren im Sommer zurück. Es handelte sich um Gebühren, die als Erhöhung von der Stadt rückwirkend für den Zeitraum Januar 2011 bis April 2013 geltend gemacht wurden, insgesamt mehr als drei Millionen Euro. Unrechtmäßig - wie ein Gericht feststellte. Die Stadt verzichtete großzügig auf die Berufung. Als Befriedung sozusagen.

Leider wird die Freude für die Gebührenzahler nur kurz währen. Denn die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben muß geschlossen werden. Das geht nur über weitere Gebührenerhöhungen. So beschloß der Gemeinderat auf der Sitzung am Montag erstmal die erhöhten Niederschlagsgebühren auf 80 Cent pro Quadratmeter weiter von seinen Bürgern einzufordern. Das ist ein sehr hoher Betrag, der wohl schon seinesgleichen in der Republik sucht, aber mit Sicherheit noch weiter steigen wird. Verteidigt wird die Erhöhung von der Stadt mit den vom Bund aufgezwungenen Investitionen. Dieser Aufgabe muß auch die Nachbarstadt Bühl nachkommen, nur schafft sie das mit 26 Cent. Regnet es etwa in Baden-Baden dreimal so stark wie in Bühl?

Es scheint leichter, Schulden zu machen, wenn man nicht selbst für Schulden einstehen muß. So könnte man meinen. Wozu hat man Banken, die gerne Kredite vergeben? Banken wollen Sicherheiten. Die Freien Bürger für Baden-Baden (FBB) fordern eine Offenlegung, welche das sind.

Dass die Zinszahlungen jedes Jahr alleine drei Millionen ausmachen, finden die Stadtoberen offensichtlich auch nicht weiter erwähnenswert. 2014 wurden bereits neue Kredite von neun Millionen Euro aufgenommen. Zur Tilgung auslaufender Kredite und für den Ausgleich neuer Schulden. Laufzeit bis 2042. Steht alles auf Seite 1227 des 1409 Seiten umfassenden Wirtschaftsplan der Stadt Baden-Baden.

Die Wählerinitiative Freie Bürger für Baden-Baden (FBB) hat auf diesen eklatanten Schiefstand bereits Anfang März aufmerksam gemacht. Statt Aufklärung folgten Beschimpfungen und ein Schreiben der von der Stadt beauftragten Rechtsanwälte. Bis heute wurde der Jahresabschluß des Eigenbetriebs Umwelt nicht veröffentlicht, obwohl längst fällig.

Tilmann Schachtschneider, Vorsitzender der Wählerinitiative FBB: "12.000 Gebührenzahler müssen hilflos zusehen, wie sie mehr und mehr zur Kasse gebeten werden. Effizientes Wirtschaften ist möglich, wenn Fachleute aus der Wirtschaft in den entscheidenden Gremien sitzen und einen Gesundungsprozess begleiten. Wir von der FBB haben diese Experten im Team und sind bereit, uns verantwortungsvoll der Aufgabe zu stellen."

**Marianne Raven**  
Pressesprecherin

**Freie Bürger für Baden-Baden (FBB)**  
Lichtentaler Str. 13  
76530 Baden-Baden  
[www.fbb-baden-baden.de](http://www.fbb-baden-baden.de)  
Tel. 07221 9357-77